

II-467 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

10.3.1967

236/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. S c r i n z i und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend beabsichtigte Einsparung von Dienstposten der Dienstklasse A
VIII im Patentamt.

-.---.--.

Im Zuge der neuen Systemisierung wird seitens der Bundesregierung geplant, die Dienstposten der Dienstklasse A VIII im Patentamt, in welchem derzeit mehr als 100 technische Beamte und 20 Vertragsbedienstete des höheren Dienstes beschäftigt sind, einzuschränken. Es ist angeblich beabsichtigt, Dienstposten der Dienstklasse A VIII, welche bisher für die 14 Abteilungsvorstände und deren Stellvertreter vorgesehen waren, in Zukunft nur mehr an Abteilungsvorstände zu verleihen. Eine solche Maßnahme würde vor allem jene zahlreichen durch Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse geschädigten mittleren und älteren Jahrgänge treffen, welche das Patentamt nach dem 2. Weltkrieg unter schwierigen Bedingungen wieder aufgebaut und ihm zu internationalem Ansehen verholfen haben.

Die Einschränkung der Beförderungsmöglichkeiten gerade im Bereich des Patentamtes ist umso unverständlicher, als es sich durchaus um hochqualifizierte technische Spezialisten handelt, deren Tätigkeit der Republik Österreich nachweislich auch erhebliche materielle Einnahmen sichert.

Die Nachwuchsfrage war im Rahmen des Patentamtes schon bisher deshalb schwierig zu lösen, weil im Bereich der verstaatlichten und privaten Industrie bei vergleichbaren Leistungen ungleich bessere Besoldung und weitaus günstigere Aufstiegsmöglichkeiten geboten wurden.

Eine weitere Einschränkung der Besoldung dieser hochqualifizierten Beamten und die sich daraus ergebende Verschlechterung der sozialen Sicherheit ihrer Familien wird sich auf die Entwicklung dieser Behörde sehr negativ auswirken müssen.

Der besonderen Verantwortung und dem hohen Leistungsanspruch, dem die Mitglieder des Patentamtes unterliegen, wird auch durch die im Artikel 133 Z. 3 der Bundesverfassung verankerte Sonderstellung des Patentamtes Rechnung getragen. Umso unverständlicher müssen die geplanten Maßnahmen erscheinen, welche ein an sich ungerechtes und leistungsfeindliches Beamtenschema noch weiter verschlechtern müssen.

236/J

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

1.) Sind Sie bereit, vor der Festlegung eines neuen Systemisierungsschemas im Bereich des Patentamtes die gewählten Betriebsräte dieser Behörde gemeinsam mit dem Herrn Präsidenten Hofrat Dr. Thaler zu einer Aussprache zu empfangen?

2.) Sind Sie bereit, den in der Resolution der öffentlichen Bediensteten des österreichischen Patentamtes vom 21.10.1966 ausgesprochenen Forderungen Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und die dort vorgebrachten Argumente ernstlich zu prüfen?

3.) Sind Sie bereit, jede besoldungsrechtliche Verschlechterung im Zuge der geplanten neuen Systemisierung im Bereich des Patentamtes zu verhindern?

-.-.-.-.-